



# Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärken

Handlungsempfehlungen der IHK-Vollversammlung  
für die Wahlperiode des 20. Deutschen Bundestages



Industrie- und Handelskammer  
Mittlerer Niederrhein

# Inhalt

<b>Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärken – Handlungsempfehlungen der IHK-Vollversammlung für die Wahlperiode des 20. Deutschen Bundestages</b>	<b>4</b>
<b>Unsere Forderungen</b>	<b>6</b>
Bürokratie	6
Digitalisierung	7
Ausbildung und Fachkräftesicherung	8
Steuerpolitik	9
Industriepolitik	10
Energiepolitik	12
Klimaschutzpolitik	14
Verkehrspolitik	16
Außenwirtschaft	18
<b>Impressum</b>	<b>20</b>

# 1. Einleitung

## Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundestagswahl 2021 wird eine richtungsweisende Wahl. Eine unserer originären Aufgaben ist es, die Interessen unserer 76.000 Mitglieder zu vertreten. Dieses Positionspapier zur Bundestagswahl ist durch intensive Diskussionen in unseren Gremien entstanden. Es stellt damit die wichtigsten Punkte der Wirtschaft am Mittleren Niederrhein für die kommende Wahlperiode heraus.

Unser Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschafts- und Industriestandorts langfristig zu bewahren und zu stärken. Dafür setzen wir uns ein. Wir befürworten eine zukunftsgerichtete Klimaschutz- und Umweltpolitik. Mit nationalen Maßnahmen, die eine Deindustrialisierung unserer Volkswirtschaft zur Folge haben, wird auch dem Klimaschutz langfristig nicht Rechnung getragen. Alle Maßnahmen müssen aber tatsächlich dazu beitragen, das Klima langfristig zu schützen. Deswegen: Nur wenn Klimaschutzpolitik mit den Unternehmen gemeinsam entwickelt wird, kann Deutschland auf diesem Gebiet international Vorreiter werden.

Ein Wunsch der Unternehmen zieht sich wie ein roter Faden durch dieses Positionspapier: Die Politik muss der Wirtschaft mehr Vertrauen schenken – gerade wenn es um die besten, marktfähigsten Lösungsmöglichkeiten geht. Kleinteilige Regelungen bremsen die Unternehmen und ihre Innovationsfähigkeit nur aus. Die Corona-Pandemie hat gezeigt: Der Staat kann nicht alles regeln und ist nicht der bessere Unternehmer. Die Ressourcen in Unternehmen dürfen nicht für überbordende Bürokratie in Anspruch genommen werden.

Lassen Sie uns positiv auf die Wahlperiode 2021-2025 schauen. Deutschland insgesamt und der Mittlere Niederrhein im Besonderen sind starke Wirtschaftsstandorte. Mit den richtigen politischen Weichenstellungen wird dies auch in Zukunft so sein.



**Elmar te Neues**  
Präsident  
der IHK Mittlerer Niederrhein



**Jürgen Steinmetz**  
Hauptgeschäftsführer  
der IHK Mittlerer Niederrhein

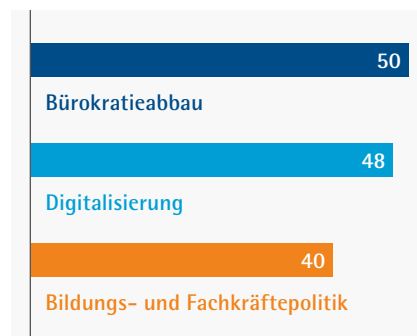


# Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärken – Handlungsempfehlungen der IHK-Vollversammlung für die Wahlperiode des 20. Deutschen Bundestages

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sorgen auch im Sommer 2021 dafür, dass die Lage der Wirtschaft in der Region immer noch krisenbehaftet ist. Gleichwohl offenbart sich aber auch die Widerstandsfähigkeit vieler Unternehmen – insbesondere aus der Industrie. So ist die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe und in den Branchen, die eng mit der Industrie verknüpft sind (wie z. B. die produktionsnahen Großhändler), mehrheitlich positiv. Gleichzeitig befürchten Branchen, die besonders betroffen sind, nachhaltige Auswirkungen der langen Schließungszeit im Jahr 2021. Beispielhaft der Einzelhandel: 15 Prozent der Einzelhändler glauben nicht mehr daran, dass jemals das Vorkrisenniveau erreicht werden kann.

## Die wichtigsten Handlungsfelder

Anteil der Unternehmen, die den jeweiligen Bereich als wichtiges Handlungsfeld benannten, Mehrfachnennungen möglich, in Prozent



## Wirtschaft braucht einen Modernisierungsaufbruch

Trotz des sich verbessernden Konjunkturbilds ist die Bundestagswahl 2021 aus Sicht der Wirtschaft am Mittleren Niederrhein eine der wichtigsten Wahlen der Nachkriegszeit. Bei der Arbeit des neuen Bundestages muss der wirtschaftliche Wiederaufbau des Landes im Fokus sein, ohne die langfristigen Aufgaben zu vernachlässigen. Aus Sicht der Wirtschaft am Mittleren Niederrhein benötigt das Land einen echten Aufbruch.

## Bürokratieabbau, Digitalisierung und Bildungspolitik:

### Themenfelder mit dem höchsten Handlungsbedarf aus Sicht der Wirtschaft

Dies ist auch abzulesen an den wichtigsten Themen für die Wirtschaft. Knapp 50 Prozent der Unternehmen in der Region sehen im Bürokratieabbau den größten Handlungsbedarf der kommenden vier Jahre. Dies sehen insbesondere die Betriebe aus der Industrie, dem Großhandel und dem Einzelhandel so. Im Handel sind dies mit 60 Prozent überdurchschnittlich viele Betriebe. Für 48 Prozent der Unternehmen ist der Bereich Digitalisierung ein bedeutendes Handlungsfeld. Für Betriebe aus dem Dienstleistungssektor ist dies das wichtigste Thema. Doch daneben darf man die langfristigen Themen nicht vergessen. Die Bildungs- und Fachkräftepolitik wird von 40 Prozent der Unternehmen akzentuiert. Die Einzelhändler sehen darüber hinaus in der Steuerpolitik eines der wichtigsten Themenfelder.

### Strukturwandel – tiefer Einschnitt für die niederrheinische Wirtschaft

Vor dem Hintergrund seines energieintensiven Industriebesatzes und der vielen davon abhängigen Arbeitsplätze wird der Strukturwandel im Rheinischen Revier in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu einer Daueraufgabe, bei der es einerseits gelingen muss, unsere Industrie dauerhaft international wettbewerbsfähig zu halten und andererseits den Anforderungen eines ambitionierten Klimaschutzes Rechnung zu tragen. Dazu müssen vor allem die politischen Rahmenbedingungen entsprechend geschaffen werden. Strukturwandelmittel dürfen nicht nur Kommunen zugutekommen oder in den Infrastrukturausbau fließen, sondern müssen auch dazu genutzt werden, Unternehmen bei der Transformationsaufgabe zu unterstützen. Davon wird es abhängen, ob vorhandene Arbeitsplätze gesichert oder neue geschaffen werden können. Das europäische Beihilferecht ist, falls notwendig, entsprechend anzupassen. In der Energiepolitik müssen die Preise dringend von den künftig stark zunehmenden Abgaben, Umlagen und Steuern entlastet werden.



# Unsere Forderungen

## Bürokratie

Die Wirtschaft am Mittleren Niederrhein klagt über hohe bürokratische Hürden. Die Unternehmen in Region sehen dies daher als Thema Nummer eins für die kommende Wahlperiode. Entlastungen für die Wirtschaft wären dabei durch die Nutzung der Digitalisierung und die Verbesserung von Verwaltungsprozessen in großem Umfang möglich.

Wir fordern u. a.:

### E-Government vorantreiben

Das E-Government sollte aus unserer Sicht vorangetrieben werden. Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet Bund, Länder und Kommunen dazu, ihre bislang isolierten Online-Verwaltungsdienste in einem gemeinsamen Portalverbund bis 2022 zusammenzuführen. Verwaltungsleistungen sind eine Basisinfrastruktur für die Wirtschaft. Ein föderaler Wettbewerb um Lösungen ist nicht der richtige Ansatz, denn er führt zu erhöhten Kosten für die Unternehmen.

### „One in, one out“ als Mindeststandard konsequent anwenden

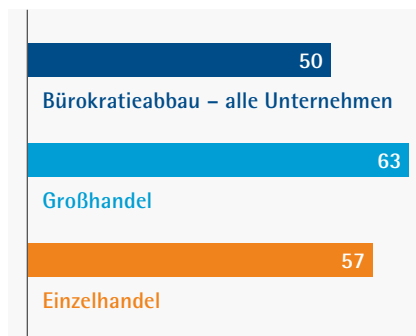
Die in den Ministerien durchgeführten Schätzungen von Be- und Entlastungen spiegeln die unternehmerische Praxis oftmals nicht angemessen wider. Auch die Ausnahmen von „One in, one out“ für die Umsetzung von EU-Recht und die Nichtberücksichtigung von einmaligem Erfüllungsaufwand führen zu realitätsfernen Belastungsschätzungen.

### Bessere Gesetze: verständlich, verlässlich und praxisnah

Gesetze sollten unternehmerische Tätigkeit fördern und nicht behindern. Sie sollten verständlich, in der Praxis ohne unnötige Kosten zu befolgen, fristgerecht umsetzbar und verlässlich sein. Neue Gesetze sollten vor Einführung mit einer realistischen Folgen- und Kostenschätzung unter Beteiligung aller betroffenen Akteure der Wirtschaft auf ihre Praxistauglichkeit hin geprüft werden. Sie sollten grundsätzlich mit einer ausreichend langen Frist zur Umsetzung versehen sein. Belastungen sollten durch einen Einsatz digitaler Verfahren soweit wie möglich reduziert werden.

### Bürokratieabbau

50 Prozent aller Unternehmen sehen im Bürokratieabbau ein wichtiges Handlungsfeld, bei Großhändlern (63 Prozent) und Einzelhändlern (57 Prozent) sind es überdurchschnittlich viele.



## Digitalisierung

Die Betriebe am Mittleren Niederrhein bewerten die digitale Infrastruktur zwar besser als in den Vorjahren, aber dennoch bleibt einiges zu tun. Schließlich ist die Informations- und Kommunikationsinfrastruktur auch Sicht der Betriebe in der Region mittlerweile der wichtigste Standortfaktor. Um die Digitalisierung in Deutschland voranzubringen, sind flächendeckend digitale Infrastrukturen wie Glasfaser- und Mobilfunknetze, eine moderne öffentliche Verwaltung, Innovationen und Investitionen unterstützende rechtliche Rahmenbedingungen, digital kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der sichere und vertrauenswürdige Einsatz digitaler Zukunftstechnologien erforderlich. Darüber hinaus müssen Gründungen im Zukunftsmarkt Digitalisierung unterstützt werden.

Wir fordern u.a.:

### Erhebliche Investitionen tätigen

Benötigt werden flächendeckend Glasfaseranschlüsse bis in die Gebäude hinein. Lücken im Mobilfunknetz, zunächst noch auf Basis des LTE/4G-Standards, müssen schnellstmöglich geschlossen werden. Mittelfristig muss ein flächendeckendes Giga-bit-Mobilfunknetz auf dem 5G-Standard ausgebaut werden. Der Ausbau einer zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur – stationär und mobil – erfordert erhebliche Investitionen und gelingt nur durch ein planvolles Vorgehen sowie gemeinsame, aufeinander abgestimmte Anstrengungen der Beteiligten wie Netzanbieter, Tiefbauunternehmen, Bund, Länder, Kommunen und Politik.

### Bessere digitale Kompetenzen

Die Grundlagen für „digitale Kompetenzen“ müssen früh gelegt werden und in der beruflichen Bildung, in der berufsbegleitenden Weiterbildung und in den Hochschulen weiterentwickelt werden. Im Rahmen der Digitalisierungsstrategien von Bund und Ländern sollten die Berufsschulen einen besonderen Stellenwert einnehmen. Eine zeitgemäße Ausstattung ist dringend erforderlich.

### Rahmenbedingungen für digitale Plattformen entwickeln

Digitale Plattformen sind in einer Schlüsselposition für die Sammlung und Auswertung großer Datenmengen und für die damit verbundenen Chancen auf neue Geschäftsmodelle und Märkte – aber damit auch in der Verantwortung. Die Rahmenbedingungen zum Aufsetzen solcher Plattformen müssen auf europäischer und deutscher Ebene entwickelt werden. Die Politik sollte gemeinsam mit der Wissenschaft diese Vernetzung unterstützen und fördern. Die Aktivitäten sollten europäisch ausgerichtet sein. Vertrauen, Sicherheit und Transparenz im Umgang mit Nutzerdaten bei digitalen Lösungen können zu einem Wettbewerbsvorteil werden.

### Wirtschaftlich nutzbare Daten zugänglich machen

Die öffentliche Hand ist aufgefordert, ihre wirtschaftlich nutzbaren Daten für die Unternehmen umfassend in maschinenlesbaren Formaten zugänglich zu machen, damit sich neue Geschäftsmodelle, beispielsweise in der Entwicklung von Künstlicher-Intelligenz-gestützten Lösungen, auf dieser Basis entwickeln können. An diesen Innovationen kann auch die Verwaltung selbst partizipieren, etwa im Bereich Smart City.

# Unsere Forderungen

## Ausbildung und Fachkräftesicherung

Trotz der Pandemie und der daraus resultierenden Wirtschaftskrise sehen mittlerweile wieder knapp 38 Prozent der Unternehmen am Mittleren Niederrhein im Fachkräftemangel ein wesentliches Geschäftsrisiko für die kommenden zwölf Monate. Anders als in früheren Rezessionen bleibt die Bedeutung des Themas auch in dieser Wirtschaftskrise auf einem hohen Niveau. Deswegen muss die zukünftige Bundesregierung die Themen duale Ausbildung und Fachkräftesicherung angehen.

Wir fordern u. a.:

### Duale Ausbildung stärken und weiterentwickeln

Die Bundesregierung sollte dafür sorgen, dass weiter ein bedarfsgerechtes Angebot an zwei-, drei- und dreieinhalbjährigen Ausbildungen besteht und die Entwicklung und Überarbeitung von Berufen in einem angemessenen Zeitraum erfolgen. Die Zahl der Ausbildungsberufe sollte den Bedarf der Unternehmen decken, aber zugleich übersichtlich bleiben. Eine finanzielle Förderung von Ausbildungsvergütungen durch den Staat sollte auf Krisenzeiten wie die Corona-Pandemie begrenzt bleiben.

### Junge Menschen für Ausbildung gewinnen – Allianz für Aus- und Weiterbildung fortführen

Die Allianzpartner, zu denen auch die Bundesregierung zählt, müssen sich weiter dafür engagieren, junge Menschen für eine betriebliche Ausbildung zu gewinnen und zu befähigen. Dazu gehört eine frühzeitige und praxisnahe Berufsorientierung, die betriebliche Praktika umfasst. Dabei sollten sie insbesondere auf die vielfältigen Qualifizierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten in der höheren Berufsbildung, aber auch auf Kombinationen aus Studium und Ausbildung wie duale Studiengänge hinweisen.

### Digitalisierung in der dualen Ausbildung vorantreiben

Digitale Kompetenzen sind fester Bestandteil der Ausbildung im Betrieb. Dies sollte auch für die Berufsschule gelten. Bei der Weiterentwicklung der Ausbildungsprüfungen sollten die Chancen der Digitalisierung zum Vorteil von Auszubildenden, Betrieben, Berufsschulen und ehrenamtlichen Prüferinnen und Prüfern genutzt werden. Digitale Prüfungsformen sollten insbesondere dann genutzt werden, wenn der Umgang mit digitalen Medien später im beruflichen Alltag gefordert ist. Digitale Instrumente sollten verstärkt auch bei administrativen Aufgaben wie etwa den Abrechnungen von Prüferkosten entlasten. Das Berufsbildungsgesetz darf moderne Kommunikationswege nicht einschränken, sondern muss digitale Prozesse ermöglichen.

### Fachkräfteeinwanderungsgesetz kann Beitrag leisten

Für die Fachkräftesicherung ist die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte eine wichtige Option. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) kann einen Beitrag leisten, um dem Fachkräftemangel in besonders stark betroffenen Branchen entgegenzuwirken. Notwendig ist, dass bürokratiearme und flexible Regelungen geschaffen werden und im Ausland noch stärker über den Standort Deutschland sowie über Zuwanderungswege informiert wird. Darüber hinaus eröffnet es auch die Perspektive, potenzielle Auszubildende aus dem Ausland für eine Berufsausbildung im Bereich der Gesundheits- und Pflegeberufe in Deutschland anzusprechen.



### Fachkräftemangel

37,9 Prozent der Unternehmen am Mittleren Niederrhein sehen im Fachkräftemangel ein wesentliches Geschäftsrisiko für die kommenden Monate – vor der Pandemie waren es mit 39,1 Prozent nur wenig mehr.



## Steuerpolitik

Gerade am Mittleren Niederrhein ist die Steuerbelastung für die Unternehmen aufgrund der überdurchschnittlich hohen Gewerbesteuerhebesätze sehr hoch. Durch die hohe Exportquote sind die Betriebe im internationalen Wettbewerb. Wenn Unternehmen aus der gleichen Branche in einer anderen Region bei gleichen Gewinnen weniger Steuern zahlen müssen, führt dies zu Wettbewerbsnachteilen. Insbesondere auf Ebene der Bundespolitik kann einiges getan werden, damit die Steuerbelastung der Betriebe am Mittleren Niederrhein nicht zu einer Hypothek gegenüber internationalen Mitbewerbern wird.

Wir fordern u. a.:

### **International wettbewerbsfähiges Niveau der Steuerbelastung**

Die Bundesregierung sollte im Bereich der Unternehmensbesteuerung Maßnahmen ergreifen, mit denen für Unternehmen unterschiedlicher Rechtsformen ein international wettbewerbsfähiges Niveau der Steuerbelastung erreicht werden kann. Steuererhöhungen sollten unterbleiben, weil sie zulasten von Liquidität und Substanz gehen und negativ auf die Investitionen durchschlagen. Ein wichtiger Schritt hin zu einer wettbewerbsfähigen Steuerbelastung wäre die vollständige Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer.

### **Besteuerung von Kosten zurückführen**

Erforderlich sind weitergehende strukturelle Verbesserungen der steuerlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen. So sollte die Besteuerung von Kosten, z. B. durch die gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen und die Zinsschranke, deutlich zurückgeführt werden und Verluste angemessen rückwirkend geltend gemacht werden können. Die Regelung zur Mindestbesteuerung (§ 10d EStG) sollte abgeschafft und die Beschränkung der Verlustverrechnung beim Beteiligungserwerb (Mantelkaufregelung) auf Missbrauchsfälle beschränkt werden. Unternehmen sollten die Verpflichtungen aus Pensionszusagen steuerlich vollständig berücksichtigen können.

### **Chancen der Digitalisierung nutzen**

Die sich aus der Digitalisierung ergebenden Chancen sollte die Steuerverwaltung konsequent nutzen und Vorteile an die Betroffenen weitergeben. So sollte z. B. die notwendige Steuersoftware jeweils zum Jahresbeginn zur Verfügung stehen. Die Betriebe sollten von ihren Investitionen in die E-Bilanz profitieren, indem steuerliche Betriebsprüfungen zeitnah durchgeführt werden. Ein modernes Verfahrensrecht sollte Entlastungen bei der Erhebung der Lohn- und Umsatzsteuer beinhalten, weil die Betriebe hier staatliche Verwaltungsaufgaben in erheblichem Umfang übernehmen. Vor der Einführung digitaler Neuerungen sollten die Unternehmen deren technische Umsetzbarkeit im Praxistest ausreichend prüfen können. Die Zinssätze für Steuerforderungen sollten an ein realitätsgerechtes Niveau angepasst werden.

# Unsere Forderungen

## Industriepolitik

Weiterhin sind gut 27 Prozent der Beschäftigten am Mittleren Niederrhein im Produzierenden Gewerbe beschäftigt, der Sektor macht zudem ein Drittel der gesamten Wertschöpfung in der Region aus. Dies verdeutlicht die Bedeutung der Industrie für den Standort und unseren Wohlstand. Die neusten Konjunkturdaten zeigen: Die Branche wird auch bei dieser Krise (wie schon im Jahr 2010) Garant dafür sein, dass das Land und die Region besser als andere Volkswirtschaften aus der Wirtschaftskrise herauskommen. Damit die Industrie am Standort erhalten bleibt, sind verschiedene Handlungsansätze notwendig.

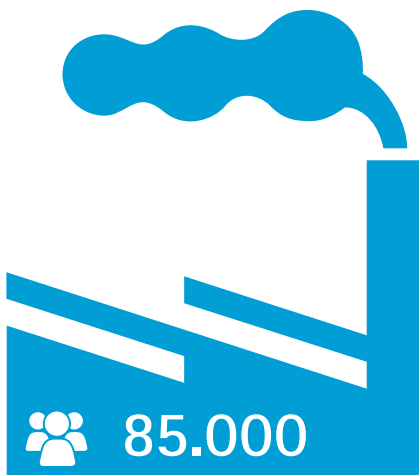
Wir fordern u. a.:

### Industrie stärken – Rahmenbedingungen verbessern

Selektive Eingriffe zur Stärkung bestimmter Branchen sind industriepolitisch nur die zweite Wahl. Gerade industrielle Wertschöpfungsketten sind zuallererst auf gute und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen angewiesen. Dazu zählen das Vorhandensein von ausreichenden Industrie- und Gewerbeflächen, eine hervorragende verkehrliche und datentechnische infrastrukturelle Anbindung, die sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung, eine schnelle, personell gut ausgestattete und unbürokratisch handelnde Verwaltung, schnelle Planungs- und Genehmigungsverfahren, ein wettbewerbsfähiges Steuer- und Abgabensystem sowie gut ausgebildete Fachkräfte.

### Resilienz des Standorts erhöhen

Eine Lehre aus der Krise ist, die Widerstandsfähigkeit – Resilienz – des Industriestandorts Deutschland zu erhöhen. Die Unternehmen sind nicht nur auf funktionierende Lieferketten und gute Finanzierungsbedingungen angewiesen, sondern benötigen vor allem ein innovationsfreundliches Umfeld für alle Teile der Wertschöpfungskette, um sich mit neuen Produkten und Dienstleistungen „made in Germany“ zukunftsfest aufzustellen. Dafür braucht es einerseits flexible, technologieoffene Ansätze in der Forschungs- und Förderpolitik und andererseits marktnahe Strategien zur breiteren Nutzung industrierelevanter Querschnittstechnologien. Dazu zählen z. B. Künstliche Intelligenz (KI), Quantencomputing, Wasserstoff oder Bioökonomie, deren Anwendung von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik gemeinsam gestärkt werden sollte.



Am Mittleren Niederrhein arbeiten mehr als **85.000 sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigte** in der Industrie.

**Schutz des Eigentums**

Der Schutz des Eigentums sowie die Kapitalverkehrsfreiheit sind Eckpfeiler der marktwirtschaftlichen Grundordnung. Unternehmen sollten über ihr Eigentum frei verfügen dürfen, um auf Marktveränderungen reagieren zu können. Deswegen sollten staatliche Beschränkungen, Unternehmen im Ganzen oder in Teilen an ausländische Investoren zu veräußern, sehr gut begründet und gerichtlich überprüfbar sein. Die Politik sollte sich dafür einsetzen, dass staatliche Eingriffe bei ausländischen Kapitalbeteiligungen an deutschen Unternehmen die Ausnahme bleiben. Sie sollten vorrangig dazu dienen, die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten.

**KI-Anwendungen müssen in der deutschen Industrie ihren Platz finden**

Damit KI-Anwendungen in der deutschen Industrie ihren Platz finden, müssen Politik, Wirtschaft sowie Wissenschaft und Forschung gemeinsam die Weichen zukunftsorientiert stellen. Sie sollten dabei ein besonderes Augenmerk auf leistungsfähige digitale Infrastrukturen, auf die Qualifizierung der Beschäftigten und der Unternehmerschaft, auf die Unterstützung von Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten und deren Finanzierung sowie auf die Vernetzung der Marktteilnehmer legen. Um die Interoperabilität verschiedener industrieller Komponenten von unterschiedlichen Anwendern zu ermöglichen, sollten vermehrt auch Standards und IT-Schnittstellen berücksichtigt werden.

# Unsere Forderungen

## Energiepolitik

Der IHK-Bezirk Mittlerer Niederrhein ist ein Standort mit einer hohen Energieerzeugung und einer besonders energieintensiven Wirtschaft. Mehr als 35.000 Beschäftigte arbeiten in energieintensiven Industrien und der Anteil der Wertschöpfung dieser Industrien an der des Verarbeitenden Gewerbes ist mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Deswegen sind eine sichere Energieversorgung zu international wettbewerbsfähigen Preisen und Planungssicherheit von besonderer Bedeutung.

Wir fordern u. a.:

### Den europäischen Energiebinnenmarkt vollenden

Die sichere und effiziente Versorgung mit Strom, Erdgas und in Zukunft verstärkt mit CO<sub>2</sub>-armen und -neutralen Energieträgern, beispielsweise Wasserstoff, lässt sich europäisch effizienter bewerkstelligen als national. Hierfür ist insbesondere der weitere Ausbau grenzüberschreitender Infrastruktur notwendig.

### Energiekosten senken und mehr Markt zulassen

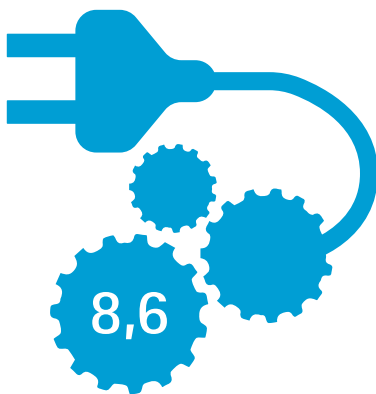
Mit der Fokussierung auf die CO<sub>2</sub>-Bepreisung als Steuerungsinstrument und durch die regelmäßige Überprüfung und – wo möglich – Beendigung von Fördersystemen können Energieträger stärker zu gleichen Wettbewerbsbedingungen miteinander konkurrieren. Die Deckelung der EEG-Umlage durch staatliche Zuschüsse sollte den Auftakt bilden für eine umfassende Reform des Abgaben- und Umlagensystems, insbesondere beim Strompreis. Mit dem Abbau dieser nicht kostenreflektierenden Preissignale kann der Markt besser zum Zuge kommen und eine effiziente Energieversorgung gewährleisten.

### Zusammenwachsen der Energiemärkte vorantreiben (Sektorenkopplung)

Welche Energieträger in den Sektoren zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Zukunft genutzt werden, sollte über ein marktwirtschaftliches Instrument, wie die CO<sub>2</sub>-Bepreisung, gesteuert werden. Eine Ausweitung des nationalen Handelssystems auf europäische Ebene würde die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen stärken.

### Innovationsgeist, Finanzkraft und Eigeninitiative der Unternehmen fördern

Die Bundesregierung sollte auf Unternehmergeist statt auf Verbote und Vorgaben setzen. Die Detailsteuerung, insbesondere im Stromsektor, sollte deutlich zurückgeschraubt werden, um Innovationen und unternehmerischer Initiative Raum zu geben. Dazu gehören auch bessere Rahmenbedingungen für Eigenversorgung, die ein zentraler Baustein zur Sektorenkopplung im Unternehmen ist.



8,6 Prozent aller Beschäftigten am Mittleren Niederrhein sind in **energieintensiven Industriebranchen** tätig.

### **Versorgungs- und Systemsicherheit erhalten**

Versorgungs- und Systemsicherheit müssen auf höchstem Niveau erhalten bleiben. Dies ist gerade angesichts des Ausstiegs aus der Braunkohle für die Region Mittlerer Niederrhein von höchster Bedeutung. Der Ausbau regenerativer Erzeugungskapazitäten muss deshalb – bei gleichzeitiger Neugestaltung der Finanzierungsmechanismen – massiv so vorangetrieben werden, dass gerade Unternehmen von den geringen Grenzkosten der Erneuerbaren profitieren können. Der dazu notwendige Netzausbau sollte beschleunigt werden. Erneuerbare Energien, Speicher und flexible Lasten sind in der Regel an das Verteilnetz angeschlossen, weshalb diese immer wichtiger für die Netzstabilität werden. Daher sollte der regulatorische Rahmen für Systemdienstleistungen regelmäßig überprüft und ggf. angepasst werden. Kapazitätsmechanismen als letztes Mittel und zeitlich begrenzt müssen in die Erwägungen einbezogen werden. In jedem Fall sollten sie grenzüberschreitend gestaltet werden und die Nachfrageseite mit einbeziehen.

### **Wettbewerb in Energienetzen ermöglichen und Akzeptanz steigern**

Mit dem Zusammenwachsen der Energiemärkte ist ein zunehmender Wettbewerb der Netze für Strom, Gas und Wärme verbunden. Die Entflechtung von Netz und Erzeugung bzw. Vertrieb sowie eine diskriminierungsfreie Netznutzung sind weiterhin zentrale Voraussetzungen für ein kosteneffizientes und innovatives Energiesystem. Netznutzer sollten sich angemessen an der Finanzierung der Infrastrukturen beteiligen. Die Regulierungsbehörden sollten weiterhin für Kosteneffizienz bei Ausbau und Betrieb der Netze sorgen.

### **Zugang zu Energierohstoffen dauerhaft sichern**

Die deutsche Wirtschaft wird auch in Zukunft auf den sicheren Import von Energierohstoffen und synthetischen Energieträgern zu wettbewerbsfähigen Preisen angewiesen sein. Hierzu sollte die Bundesregierung in Abstimmung mit der EU den Ausbau von künftigen Energiepartnerschaften vorantreiben.

### **Energieeffizienz vorantreiben, Flexibilität anerkennen**

Energieeffizienz wird auch in Zukunft ein zentraler Schlüssel zur Erreichung der Klimaziele sein. Die Wirtschaft hat ihre Effizienz in den letzten Jahren bereits kontinuierlich gesteigert, wodurch die Grenzkosten für Maßnahmen zunehmen. Finanzielle Anreize können die Erreichung der Wirtschaftlichkeit unterstützen. Zudem sollte in einem Energiesystem geringer Grenzkosten und gleichzeitig höherer Volatilität der Energieerzeugung Flexibilität als Wert Anerkennung finden.

### **Verkehrswende durch Innovation gestalten**

Auch die Energiewende im Verkehr benötigt Technologieoffenheit und Innovationen, keine Feinsteuerung von Technologien. Finanzielle und sonstige Anreize insbesondere für Fahrzeuge sollten nur solange ein Mittel sein, bis alternative Antriebe marktfähig sind. Deswegen brauchen alle Technologien zur CO<sub>2</sub>-Minderung im Verkehr faire und stabile Rahmenbedingungen (s. auch Verkehrspolitik).

# Unsere Forderungen

## Klimaschutzpolitik

Zur Erreichung der Klimaschutzziele stehen viele Branchen vor einem grundlegenden strukturellen Wandel. Gerade die Wirtschaft am Mittleren Niederrhein, die zum einen industriell geprägt ist, zum anderen aber auch bei den distributiven Diensten sehr stark ist, wird überdurchschnittlich von diesem strukturellen Wandel beeinflusst werden. Damit dieser Wandel gelingt, sollte er gemeinsam mit der Wirtschaft gestaltet werden. Die Unternehmen brauchen Planungssicherheit und Perspektiven, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit muss gestärkt werden. Das gilt umso mehr angesichts der Herausforderungen zur Überwindung der durch die Corona-Pandemie ausgelösten Wirtschaftskrise.

Wir fordern u. a.:

### Effiziente Klimaschutzinstrumente einsetzen

Im Fokus sollte eine ökonomisch und ökologisch effiziente Erreichung der Klimaschutzziele stehen. Der Klimawandel ist ein globales Problem. Treibhausgas-Emissionen treten weltweit auf und verteilen sich gleichmäßig in der Atmosphäre. Für die Problemrelevanz ist es unerheblich, wo auf der Welt Treibhausgas-Emissionen freigesetzt werden. Für die Lösung des Problems ist es ebenso unerheblich, wo Emissionen eingespart werden. Bei Maßnahmen zur Treibhausgas-Minderung muss stets gewährleistet sein, dass diese die kosteneffizientesten Varianten darstellen. Möglichst großräumige Lösungen ermöglichen, dass sie zunächst vorrangig dort durchgeführt werden können, wo der Hebel zur Einsparung am größten ist. Dabei sollte auf marktbasierende und technologie-neutrale Instrumente wie den Emissionshandel gesetzt werden, um den Umstieg auf CO<sub>2</sub>-arme Energieträger und Produktionsprozesse voranzutreiben. Wichtig ist auch, Klimaschutzmaßnahmen immer einer ausführlichen Folgenabschätzung zu unterwerfen und sie stärker gemeinsam mit der Wirtschaft und den betroffenen Sektoren zu entwickeln.

Die Unternehmerinnen und Unternehmer kennen die Verhältnisse in ihrem Betrieb am besten. Deshalb sollte auch zur Erreichung der Klimaziele ein Instrumentarium gewählt werden, das unternehmerischen Erfindungsgeist in den Dienst des Klimaschutzes stellt: Statt einzelwirtschaftlicher ordnungsrechtlicher Vorgaben sind marktwirtschaftliche Instrumente wie die CO<sub>2</sub>-Bepreisung wo möglich zu bevorzugen. Einzelne Instrumente müssen sich zu einem in sich widerspruchsfreien Gesamtsystem mit einer gewissen Bestandskraft fügen, um unternehmerische Investitionsentscheidungen zu ermöglichen.

### Investitionen in den Wandel stärken

Für Investitionen in den Wandel braucht es zudem gute Finanzierungsbedingungen. Die Regulierung für ein nachhaltiges Finanzwesen (Sustainable Finance) sollte darauf ausgerichtet sein, Unternehmen den Zugang zu Finanzierungen für Investitionen in Klimaschutz und Energiewende zu erleichtern. Bei der Bewertung der Nachhaltigkeit von Sektoren muss ebenfalls deren Beitrag in Wertschöpfungsketten und für die Herstellung nachhaltiger und klimaschonender Produkte Rechnung getragen werden. Die Regulierung sollte insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen nicht zu unverhältnismäßigen Belastungen führen und Finanzierungskanäle für alle Unternehmen offenhalten.



65 Prozent aller Industrieunternehmen am Mittleren Niederrhein führen **Nachhaltigkeitsaktivitäten** durch, weitere 18 Prozent planen eine baldige Einführung.

**Neue Impulse für Klimaschutzinnovationen**

Die Politik sollte die Umstellung auf alternative Energieträger und Grundstoffe unterstützen, indem sie Rahmenbedingungen für eine kostengünstige und sichere Versorgung schafft. Dazu gehört ein Rahmen für den Ausbau notwendiger Infrastrukturen ebenso wie strategische Partnerschaften für den Import CO<sub>2</sub>-freier und -armer Energieträger. Technologien zur Produktion und Nutzung von Wasserstoff und die Erforschung und Erprobung von Effizienz- und Speichertechnologien im industriellen Maßstab sind für den Klimaschutz wichtig und sollten vorangetrieben werden.

**Wettbewerbsnachteile vermeiden**

Unternehmen brauchen Planungssicherheit. Energie- und emissionsintensive Unternehmen sollten in einer Übergangsphase weiter auf eine Kompensation der Wettbewerbsnachteile, die durch hohe CO<sub>2</sub>-Kosten und sonstige Belastungen entstehen, vertrauen können. Dazu ist es erforderlich, dass die europäischen und nationalen beihilferechtlichen Vorgaben an die Anforderungen einer ambitionierten Klimaschutzpolitik angepasst werden.

**Nationale CO<sub>2</sub>-Bepreisung ausgleichen**

Zum Jahresanfang 2021 ist in Deutschland ein nationales Handelssystem für Brennstoffemissionen eingeführt worden, um über CO<sub>2</sub>-Preissignale einen stärkeren Anreiz für den Klimaschutz zu setzen: Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung führt aber auch zu Wettbewerbsverzerrungen und zu Umverteilungen innerhalb der Wirtschaft. Ohne eine angemessene Entlastung der Unternehmen über die Senkung der Strompreise und für besonders betroffene Unternehmen über eine wirksame Carbon-Leakage-Regelung gefährdet das Instrument unternehmerische Existenzen und erhöht das Risiko von Emissionsverlagerungen ins Ausland.

# Unsere Forderungen

## Verkehrspolitik

Die Stärke des Wirtschaftsstandorts Mittlerer Niederrhein ist das gut ausgebaute überörtliche Straßen- und Autobahnnetz. Hinzu kommen die Lage am Rhein und die Nähe zu den großen Seehäfen Antwerpen und Rotterdam. Zusammen mit den Schienenwegen ergibt sich so ein trimodales Verkehrsnetz, das die weltweite Güterdistribution sichert. Aufgrund der Möglichkeiten der optimalen Nutzung aller Verkehrsträger haben sich hier in der Region etliche Unternehmen angesiedelt, die auf gute Verkehrsbedingungen angewiesen sind. Deswegen sind gerade die distributiven Dienste am Mittleren Niederrhein – also z. B: Großhandel und Logistik – überdurchschnittlich stark. Diese Betriebe benötigen als wichtige Standortbedingung diese gute Erreichbarkeit.

Wir fordern u. a.:

### Investitionen auf hohem Niveau verstetigen

Die Mittel für den Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur sind für alle Verkehrsträger und Baulastträger auf auskömmlichem Niveau sicherzustellen. Dies ermöglicht im Interesse der Wirtschaft die Beseitigung von Engpässen und die Sanierung maroder Verkehrsinfrastrukturen. Die Zweckbindung der Einnahmen aus der Lkw-Maut für die Bundesfernstraßen hat sich bewährt und sollte beibehalten werden, weil sie die so wichtige Verstetigung der Mittel unterstützt.

### Leistungsfähige Alternativlösung im Rheinischen Revier für den großräumigen Nord-Süd-Verkehr schaffen

Durch die Vielzahl der Aktivitäten im Rheinischen Revier werden auf dem Trassenkorridor der Autobahnen 44, 61 und 46 zusätzliche Personen- und Wirtschaftsverkehre entstehen, die eine leistungsfähige Verbindung aus dem Raum Aachen in Richtung Düsseldorf und in den IHK-Bezirk Mittlerer Niederrhein hinein benötigen. Der Bundesverkehrswegeplan hatte bislang nur die normale Verkehrsentwicklung im Blick. Die zu erwartende Verkehrsbelastung muss unter diesem Aspekt neu berechnet werden. Bergbaubedingt ist die A 61 temporär zwischen den Anschlussstellen Wanlo und Jackerath unterbrochen. Die aktuelle Umleitung über die A 44 n und die A 46 entspricht auf Dauer nicht den Anforderungen der „Richtlinien für die Anlage von Autobahnen (kurz RAA)“. Sollte die ursprünglich geplante Trasse der A 61 n nicht mehr geplant werden, so ist eine leistungsfähige Alternativlösung für den großräumigen Nord-Süd-Verkehr erforderlich.



Mehr als 65.000 Beschäftigte am Mittleren Niederrhein arbeiten im **Großhandel und im Wirtschaftszweig Verkehr und Lagerei**.

### Internationale Wettbewerbsfähigkeit im Blick haben

Bei der Abgabenbelastung und der Festlegung der Betriebszeiten von Verkehrs- und Logistikinfrastrukturen sollten die Konsequenzen für den Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und damit die Bedarfe der Unternehmen berücksichtigt werden.



**Infrastruktur für Bahn und Binnenschiff weiter ausbauen**

Eine Verkehrswende mit der Verlagerung von Verkehren auf Bahn und Binnenschiff kann nur gelingen, wenn deren Infrastruktur weiter ausgebaut und verbessert sowie der kombinierte Verkehr gestärkt wird. Besonders steht dabei der Nachholbedarf in Ost-West-Richtung im Fokus. Kurzfristig kann schon die schnelle Durchsetzung digitaler Verkehrslenkungssysteme zur Kapazitätserweiterung beitragen. Allerdings ist dies nicht auf der Strecke, sondern auch in Knoten und Bahnhöfen umzusetzen, da sie sonst als Flaschenhalse alle Beschleunigungsmaßnahmen wieder ausbremsen würden.

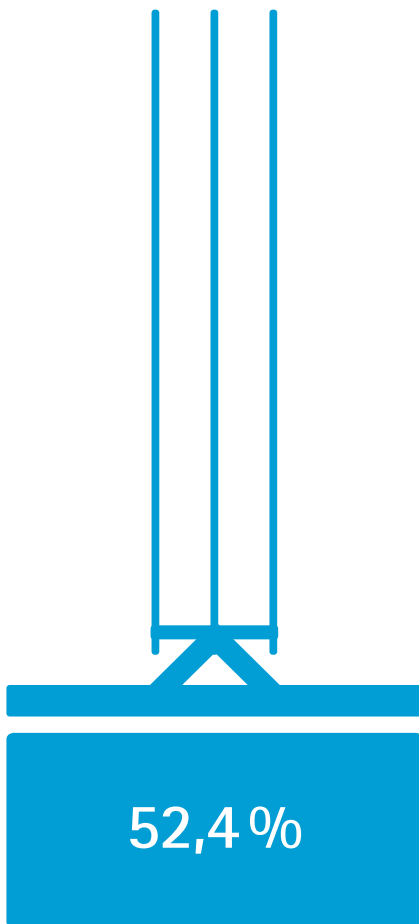
**Druck der Umweltpolitik auf den Verkehr wächst**

Die EU und die Bundesregierung sollten technologieoffen für den Umwelt- und Klimaschutz stärker den Einsatz von alternativen Antrieben und Kraftstoffen, innovative Logistik- und Mobilitätskonzepte, Telematik oder autonomes Fahren vorantreiben. Die flächendeckende Versorgungsstruktur ist als Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge zu betrachten. Für Fahrzeuge mit alternativen Antrieben ist flächendeckend und technologieoffen durch entsprechende Planung ein dichtes Netz von Schnellladesäulen und Wasserstofftankstellen zu schaffen.

# Unsere Forderungen

## Außenwirtschaft

Die Unternehmen am Mittleren Niederrhein sind überdurchschnittlich exportstark. Die Exportquote in der Industrie liegt bei deutlich über 50 Prozent. Das zeigt, dass sich die Betriebe aus der Region mit qualitativ hochwertigen Produkten und Dienstleistungen auf dem gesamten Weltmarkt behaupten. Sie sorgen mit ihrem außenwirtschaftlichen Engagement dafür, dass sich in ihrem Einflussbereich Menschenrechts- und Lebensbedingungen weltweit verbessern. Die Herausforderungen für die Exportwirtschaft sind aufgrund der Corona-Pandemie, des zunehmenden Protektionismus und bürokratischer Hürden weltweit – aber auch in Deutschland und der EU selbst – groß und bremsen die Unternehmen bei ihren internationalen Geschäften. Wichtige Voraussetzung für den Erfolg der Unternehmen am Mittleren Niederrhein ist deshalb eine effektive Unterstützung in Deutschland und rund um den Globus.



Die **Exportquote der Industrie** lag am Mittleren Niederrhein im Jahr 2020 bei 52,4 Prozent, in NRW bei nur 45,8 Prozent.

Wir fordern u. a.:

### **Protektionismus entgegentreten, Handelsliberalisierung im Blick behalten**

Angesichts des mangelnden Fortschritts in der WTO können bilaterale Verhandlungen Liberalisierungsimpulse setzen und zunehmenden Protektionismus bekämpfen. Deshalb sollte die Bundesregierung auf nationaler, EU- und internationaler Ebene (G7, G20) protektionistischen Tendenzen, wie z. B. Zöllen und Lokalisierungspflichten, entgegentreten. Eine Handelspolitik für offene Märkte auf multilateraler Ebene und ausgewählte regionale Freihandelsabkommen sollten Priorität haben.

### **Handelsabkommen voranbringen und umsetzen**

Handelsabkommen, wie das umfassende Wirtschafts- und Partnerschaftsabkommen mit Japan sind für deutsche Unternehmen wichtig. Die Ratifizierung umfassender und ehrgeiziger EU-Abkommen zur Beseitigung von Handels- und Investitionshemmnissen mit Mercosur, Mexiko und Australien sowie der Abschluss von Verhandlungen mit Handelspartnern im Asien-Pazifik-Raum sind von zentraler Bedeutung.

### **Sorgfaltspflichtengesetz für Lieferketten praxisnah und KMU-freundlich gestalten**

Die Einhaltung der Menschenrechte und hohe Umweltstandards in der Lieferkette sind Ziele, die auch die deutsche Wirtschaft mit Nachdruck verfolgt. Ihr gebotener Schutz ist aber vorrangig staatliche Aufgabe und darf nicht auf die Unternehmen abgewälzt werden. Gesetzliche Regelungen, wie das von der Bundesregierung geplante Sorgfaltspflichtengesetz sollten zudem den tatsächlichen Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten der Unternehmen in ihren (globalen) Lieferketten Rechnung tragen und zu keiner unverhältnismäßigen Belastung führen.

### **Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit der Wirtschaft gestalten**

Der Aufbau der Privatwirtschaft in Entwicklungsländern in Zusammenarbeit mit deutschen Unternehmen sollte mehr in den Mittelpunkt der Entwicklungszusammenarbeit rücken. Für eine langfristige Perspektive und den Erfolg der beteiligten Betriebe sollte die Entwicklungszusammenarbeit das Augenmerk verstärkt auf Nachhaltigkeit und Langfristigkeit der Projekte legen. Initiativen und geförderte Projekte in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sollten für Unternehmen einfacher zu finden und zu nutzen sein.

**Finanzierung – fairer Wettbewerb nötig**

Etliche Staaten unterstützen ihre Unternehmen bei Großaufträgen, indem sie Projektfinanzierungen übernehmen. Die Bundesregierung sollte konsequent gegen wettbewerbsverzerrende Maßnahmen vorgehen, z. B. bei internationalen Ausschreibungen, und sich für die Nutzung sowie Einhaltung von internationalen Standards einsetzen. Durch eine Kooperation zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung sollte noch stärker frühzeitig auf faire und effiziente Ausschreibungsverfahren in Entwicklungs- und Schwellenländern hingewirkt werden, damit auch deutsche Unternehmen faire Chancen haben.

**Visavergabe und Außenwirtschaftsrecht entbürokratisieren und harmonisieren**

Die Bundesregierung sollte sich für einen möglichst reibungslosen internationalen Geschäftsreiseverkehr einsetzen, damit Unternehmen sich auch vor Ort um ihre Geschäfte kümmern können. Bei der Visavergabepolitik der deutschen Auslandsvertretungen sollte unternehmensnah gehandelt werden. Dabei sollten einheitliche europäische Standards zur Anwendung kommen und Antragsanmeldeverfahren durch AHKs bei Bedarf ausgeweitet werden. Bei Anträgen auf exportkontrollrechtliche Bescheide und generell bei der Gestaltung des Exportkontrollrechts sowie dessen Anwendung in Deutschland sind EU-weit gleiche und faire Wettbewerbsbedingungen sicherzustellen, ansonsten drohen Nachteile auf den Weltmärkten.

**Entsendung von Mitarbeitenden ins EU-Ausland entbürokratisieren**

Deutsche Unternehmen, die Mitarbeitende zu Einsätzen in andere EU-Länder schicken, müssen umfangreiche administrative Auflagen erfüllen. Erschwert wird das Entsendungsmanagement häufig dadurch, dass die Ausgestaltung und Praxistauglichkeit der Entsendeaufgaben von Land zu Land variieren. Mit den anlässlich der Corona-Pandemie getroffenen Mobilitätsbeschränkungen bedeutete und bedeutet dies weiterhin eine erhebliche Belastung insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmen und entspricht letztlich nicht der in der EU geltenden Dienstleistungsfreiheit. Um den Binnenmarkt weiterzuentwickeln und gleichzeitig das grenzüberschreitende Engagement der Unternehmen zu stärken, sollten die aufwendigen Melde- und Nachweispflichten auf das Nötigste reduziert und insbesondere durch den verstärkten Einsatz digitaler Technologien vereinfacht werden.



Industrie- und Handelskammer  
Mittlerer Niederrhein

## Impressum

### Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer  
Mittlerer Niederrhein  
Nordwall 39  
47798 Krefeld

### Ansprechpartner/Redaktion:

Gregor Werkle  
Leitung Wirtschaftspolitik  
☎ 02151 635-353  
@ Gregor.Werkle@mittlerer-niederrhein.ihk.de

Anna Kindsmüller  
Referentin Wirtschaftspolitik  
☎ 02151 635-352  
@ Anna.Kindsmueller@mittlerer-niederrhein.ihk.de

### Gestaltung:

360 Grad® Design, Krefeld

### Bildnachweise:

Titel: elxeneize (Adobe Stock)

### Stand:

Juli 2021

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

## Ihre IHK Mittlerer Niederrhein vor Ort

Nordwall 39  
47798 Krefeld  
☎ 02151 635-0  
@ [ihk@mittlerer-niederrhein.ihk.de](mailto:ihk@mittlerer-niederrhein.ihk.de)

Bismarckstraße 109  
41061 Mönchengladbach  
☎ 02161 241-0  
@ [ihk@mittlerer-niederrhein.ihk.de](mailto:ihk@mittlerer-niederrhein.ihk.de)

Friedrichstraße 40  
41460 Neuss  
☎ 02131 9268-0  
@ [ihk@mittlerer-niederrhein.ihk.de](mailto:ihk@mittlerer-niederrhein.ihk.de)